

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 13

Artikel: "Die Verträge mit Leben erfüllen"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095320>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Verträge mit Leben erfüllen»

Nachdem die Ostverträge in Kraft getreten sind, geht es um die Frage, wie ihre Erfüllung zu gestalten sei. Bereits haben Pressionsaktionen gegen Politiker und Publizisten eingesetzt, welche der Auffassung widersprechen, dass zur Vertragserfüllung ein Zustand von Kritiklosigkeit gegenüber der Sowjetunion und ihren ideologischen Verbündeten zu schaffen sei.

In der BRD haben sowohl die erklärten Kommunisten als auch verschiedene andere Kreise ihre Agitation jetzt darauf eingestellt, ihre Interpretation der Vertragserfüllung für die gesamte öffentliche Meinung als obligatorisch zu erklären. Die DKP-Zeitschrift «Unsere Zeit» forderte in ihrer Ausgabe vom 12. Mai 1972 «die Fortsetzung der politischen Aktivität» der letzten Wochen und lässt in diesem Zusammenhang mehrere Gewerkschaftsfunktionäre zu Wort kommen, so Heinz Maskowski, Betriebsrat in den Stahlwerken Bochum: «Jeder weitere Versuch, die Verwirklichung der Verträge zu verhindern, wird erneut zu scharfen Reaktionen bei den Arbeitern führen.» Und Hans Schulte, Betriebsrat der Krupp-Widia-Fabrik in Essen, erklärte: «Wir Arbeiter sind bereit, die Verträge zu verteidigen.» Hans Gutermann, Personalratsvorsitzender der Stadtwerke Offenbach: «Ich hoffe, dass die Aktivitäten der Kollegen sich fortsetzt, damit die Friedenspolitik fest abgesichert wird.» Betriebsrat Weber von Rhein Stahl-Henschel in Kassel: «Diese Aktivität wird auch weiter nötig sein.»

Alle diese Äußerungen nehmen ausdrücklich Bezug auf das angebliche Bestreben der «Rechten», die Vertragserfüllung zu hintertreiben. Da diese aber nicht die Regierung bilden, kann es nur um die Beschneidung ihrer freien politischen, gesellschaftlichen und publizistischen Aktivität gehen, das heisst um die Beschneidung von verfassungsmässigen Freiheiten.

Die mit Unterstützung aus kommunistisch regierten Ländern von den Kommunisten gemeinsam mit verbündeten Partnern in der SPD, in Gewerkschaften und anderswo angelassene «Volksbewegung» für die Ratifizierung der Verträge war von vornherein so angelegt, dass sie nach erfolgter Ratifizierung fortgesetzt werden konnte, nunmehr als Bewegung dafür, die Verträge «mit Leben zu erfüllen».

Helmut Bublitz, Mitglied des Parteivorstandes

Bundesinnenminister

H. D. Genscher, Bonn, hat in einer bemerkenswerten Rede im Deutschen Bundestag zum Problem des wachsenden Radikalismus Stellung genommen. Die wichtigsten Auszüge aus dieser Rede können bei uns gegen Einsendung eines adressierten und frankierten A-5-Umschlages kostenlos bezogen werden.

Schweizerisches Ost-Institut,
CH - 3000 Bern 6

der DKP und Funktionär der IG Metall, hat von den Gewerkschaften Aktionen gefordert: «Wir haben unsere Organisationen, wir sind sechseinhalb Millionen. Die Kraft der Gewerkschaften hat sich in der Vergangenheit wiederholt gezeigt. Diese Kraft müssen wir jetzt in der entscheidenden Frage der Verträge voll in die Waagschale werfen.» Unter Hinweis auf die Ankündigung von Bundeskanzler Brandt, bei eventuell vorverschobenen Neuwahlen notfalls die Betriebe zu mobilisieren, forderte die DKP zu «Bewegungen und Aktionen» bereits jetzt — und nicht erst im Falle von Neuwahlen — auf.

Bereits Ende Februar hatte der DKP-Vorstand für den Zeitpunkt nach der Ratifizierung angekündigt, «die Durchsetzung und Verwirklichung» der Verträge sei nicht nur Sache der parlamentarischen Debatte, sondern «vor allem Sache der demokratischen Öffentlichkeit, der Arbeiterklasse und der jungen Generation».

*

Mittlerweile debattiert die sogenannte Neue Linke die Frage, mit welchen Mitteln die bestehende Gesellschaftsordnung abzuschaffen sei. Das Motiv der Gewaltanwendung wird dabei zur Hauptsache als Funktion der zeitlichen Opportunität verstanden. An sich wird «die Gewalt als Mittel der Politik» von verschiedenen Gruppen unterschiedlich motiviert, was zu unterschiedlichen Empfehlungen für den «richtigen Zeitpunkt» führt. Gemeinsam aber setzen sie «die Macht der Herrschenden» — den Staat — mit Gewalt und Repression gleich und benutzen für ihre Agitation ebenso wie für ihre Aktionen den Begriff der «Gegengewalt». Schon insoweit erhalten also gewaltsame Aktionen auch dann eine grundlegende Rechtfertigung, wenn man sie in der fallweisen Anwendung nicht gutheisst.

Die meisten offen auftretenden Gruppen der Neuen Linken fordern zwar «die proletarische Revolution» und befürworten «die revolutionäre Gewalt», halten aber den Zeitpunkt für den Beginn der Revolution noch nicht für gekommen. Individuelle Terror- und Gewaltakte lehnen sie daher in der gegenwärtigen Phase als ein ungeeignetes Mittel des revolutionären Kampfes ab. Diese Auffassung hindert sie jedoch nicht, bei geeigneten Anlässen ihren politischen Willen mit Regelverletzungen und gewaltsamen Aktionen durchzusetzen. Wann und in welcher Form Gewalt angewendet wird, hängt nach Meinung vieler Gruppen «von der Einschätzung der Klassenverhältnisse, der Klassenkampfsituation und der Reife der revolutionären Bewegung» ab.

Im Hinblick auf die in den letzten Wochen verübten Sprengstoffanschläge besonders aktuell ist die Feststellung, dass einige, meist anarchistische, Gruppen der Neuen Linken allerdings meinen, der Zeitpunkt für eine Revolution sei bereits gekommen. Sie befürworten deshalb den bewaffneten Kampf als Form des Klassenkampfes und handeln entsprechend.

Im April 1971 erschien eine Druckschrift mit dem Titel «RAF — Rote Armee Fraktion — Das Konzept Stadtguerilla», die die Gewaltakte dieser Organisation ideologisch rechtfertigt und die Bildung bewaffneter Widerstandsgruppen fordert. Der Staat wird in dieser Druckschrift als ein Gewaltsystem bezeichnet, gegen das der bewaffnete Kampf nicht nur möglich, sondern auch gerechtfertigt sei. Auf der gleichen Linie liegt die Druckschrift «Die Lücken der revolutionären Theorie schliessen — Die Rote Armee aufbauen», die im Juni 1971 in Berlin unter dem Tarn-Titel «Verkehrsrecht- und Verkehrsaufklärungsheft — Die neue Strassenverkehrsordnung» verbreitet wurde. In dieser Schrift wird der jetzt zu beginnende «Volkskrieg» unter Hinweis auf Marx, Lenin und Mao Tse-tung erläutert und eine revolutionäre Theorie als Anleitung zum Guerillakampf entwickelt.

Strategische und taktische Anleitungen für terroristische Gewaltakte enthalten ausserdem die 1971 unter anderen von zahlreichen sogenannten Linken Buchläden verbreiteten Schriften «Mini-Handbuch des Stadtguerilla» von Carlos Marighella sowie die in Berlin erscheinenden Anarchistenblätter «883» und «FIZZ».

Der Buchtip

Pierre de Villemarest: «Sowjetspionage in Frankreich (1944—1969).» Verlag Hase und Koehler, Mainz o. J., 286 Seiten, Fr. 19.20.

Der Autor war während des Zweiten Weltkrieges französischer Widerstandskämpfer, von 1952 bis 1962 Journalist bei der AFP, spezialisiert auf Probleme der Sowjetunion und Osteuropas. Hier hat er Spionagefälle zugunsten Moskaus und zu Lasten Frankreichs aufgezeichnet.

Die Serie ist eindrucksvoll, sowohl bezüglich der Zahl als auch bezüglich der Wichtigkeit der Affären. Frankreich hätte schon zwei Jahre nach der Befreiung durchaus ähnliche Ereignisse erleben können wie die Tschechoslowakei 1948, aber die Sowjetunion liess sich durch den Misserfolg von 1947 nicht entmutigen, sondern setzte ihre Bemühungen konstant fort, wie die hier behandelten vielen Affären im Laufe der Jahre zeigen.

Doch geht es dem Autor nicht nur um sowjetische oder sowjetisch gelenkte Aktivitäten, sondern auch um die Rolle wichtiger Persönlichkeiten Frankreichs und der französischen Politik. Nach seiner Darstellung tut der französische Geheimdienst alles, um das Vorgehen von Agenten aller Art zu hintertreiben. Sobald er aber die verantwortlichen Politiker von seinen Befürchtungen oder Ueberzeugungen benachrichtigte, stosse er regelmässig auf Achselzucken. L. B.

(Man könnte sich heute in Westeuropa generell bald fragen, was klassische Spionage und Spionageabwehr eigentlich noch soll, wenn Auskünfte und Dienstleistungen ohnehin bei den Regierungstellen erhältlich sind. Es kommt weniger auf das Indiänerlen an als auf die politische Bereitschaft zur Dienstbarkeit Richtung Moskau, von den Amtsstellen an bis zur öffentlichen Meinung. Sicherheitsapparate beliebiger Art können kein Ersatz für den fehlenden Willen zur Selbstbehauptung sein. Red. ZB.)